

Die Mitte bröckelt, die Ränder legen zu

Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2017

Oskar Niedermayer

Zusammenfassung:

Nach den deutlichen Veränderungen des Parteiensystems durch die Bundestagswahl 2017 vollzog sich im ersten Jahr nach der Wahl ein weiterer Wandel: Die Union und die SPD fielen bis zum Herbst 2018 auf die niedrigsten jemals gemessenen Umfragewerte zurück. Die AfD konnte ihre Wählerunterstützung bis zu diesem Zeitpunkt deutlich steigern und die Grünen erlebten einen Hype, der sie zur zweitstärksten Partei werden ließ. FDP und Linkspartei dagegen konnten von den Veränderungen nicht profitieren. Der Beitrag analysiert die Gründe für diesen Wandel, die – auf dem Hintergrund einer durch die Flüchtlingskrise seit dem Herbst 2015 gespaltenen und polarisierten Gesellschaft – nicht nur in den Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs, sondern vor allem in einer Reihe von inhaltlichen und personellen Entscheidungen der parteipolitischen Eliten zu suchen sind.

Die Bundestagswahl 2017 führte zu deutlichen Veränderungen des Parteiensystems.¹ Für die CDU/CSU und SPD war die Wahl ein schwarzer Tag. Noch nie in der fast 70-jährigen Wahlgeschichte der Bundesrepublik mit insgesamt 19 Bundestagswahlen hatten die beiden großen Parteien zusammengenommen einen so geringen Stimmenanteil. Die Union musste gegenüber 2013 Verluste von 8,6 Prozentpunkten hinnehmen und erzielte mit 32,9 Prozent das zweitschlechteste Wahlergebnis ihrer Parteigeschichte. Damit lag sie aber immer noch deutlich vor der SPD, die mit 20,5 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer bundesrepublikanischen Geschichte einfuhr. Der FDP, die 2013 knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, gelang mit 10,7 Prozent ein bemerkenswertes Comeback und die AfD, die 2013 den Einzug in den Bun-



Prof. Dr. Oskar Niedermayer
Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften
Freie Universität Berlin

destag ebenfalls knapp verfehlt hatte, wurde mit 12,6 Prozent zur drittstärksten Partei. Die Grünen und die Linkspartei dagegen mussten sich mit geringen Steigerungsraten zufriedengeben und kamen auf 8,9 bzw. 9,2 Prozent. Insgesamt erreichte die Zersplitterung des Parteiensystems den höchsten Wert der bundesrepublikanischen Geschichte. Im ersten Jahr nach der Wahl vollzog sich ein weiterer Wandel des Parteiensystems, der in diesem Beitrag analysiert wird.

Der Einbruch der Volksparteien

Die Volksparteien haben aufgrund des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels, der zur Erosion ihrer traditionellen Wählermilieus und zum Rückgang der langfristigen Bindungen an sie geführt hat, mit längerfristigen Mobilisierungsschwierigkeiten zu kämpfen. Der langfristige Abwärtstrend kann jedoch durch politische Sach- und Personalentscheidungen der Parteien selbst verschärft, abgemildert oder sogar ins Gegenteil verkehrt werden, denn das Ausmaß der Wählerunterstützung wird nicht nur durch die langfristigen Parteibindungen bestimmt, sondern auch – und durch den Bindungsrückgang in zunehmendem Maße – von zwei kurzfristigen Faktoren: den Orientierungen der Wähler gegenüber den inhaltlichen Positionen und dem Spitzenpersonal der Parteien.

Im Bereich des inhaltlichen Politikangebots wurde der Trend vor allem durch deutliche Positionsveränderungen der Parteien auf einer der Konfliktlinien des Parteiensystems beeinflusst. Der Parteienwettbewerb wird seit längerer Zeit durch eine wirtschafts- und eine gesellschaftspolitische Konfliktlinie geprägt, die auf unterschiedlichen Wertgrundlagen fußen. Im wirtschaftspolitischen Sozialstaatskonflikt zwischen den Grundwerten soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit geht es um die Rolle des Staates im ökonomischen Wettbewerb. Der gesellschaftspolitische Konflikt dreht sich um die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Hier stehen linksliberale, multikulturell und globalorientierte Wertvorstellungen auf der einen und konservative bis autoritäre, die nationale Identität und Kultur betonende Werte auf der anderen Seite. In den die öffentliche Diskussion prägenden Links-Rechts-Kategorien ausgedrückt heißt dies, dass es in beiden Bereichen jeweils eine linke und eine rechte Position gibt. Die Volksparteien müssen bei der Positionierung auf den Konfliktlinien einen schwierigen Balanceakt vollführen: Einerseits müssen sie voneinander unterscheidbar sein, um den Wählern Argumente für ihre Wahl zu liefern. Andererseits müssen sie in der Nähe der Mitte bleiben, weil an den Rändern zu wenig Wähler sind, um die noch andere Parteien mit ihnen konkurrieren. Hinsichtlich der Unterscheidbarkeit helfen ihnen ihre unterschiedlichen Wertefundamente. Bei der SPD sind dies die Grundwerte der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, die CDU ruht in ihrem Wertefundament seit jeher auf drei Säulen: dem wirtschaftspolitischen Liberalismus, dem gesellschaftspolitischen Konservatismus und dem christlich-sozialen Menschenbild. Bei der Umsetzung dieser Grundwerte in konkrete Politik besteht ein Akzeptanzkorridor seitens ihrer Wählerschaft, innerhalb dessen sich die Parteien mit ihrem Angebot halten müssen und dessen Verlassen für sie gravierende Konsequenzen haben kann. Dies bekam

die SPD bei der Agenda 2010 zu spüren, mit der Gerhard Schröder die Partei im Sozialstaatskonflikt nach Ansicht eines Teils der Funktionäre, Mitglieder und Wähler der SPD zu weit in Richtung einer marktliberalen Positionierung verschob.

Die CDU rückte unter Angela Merkel als Parteivorsitzender sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch nach links, also hin zu mehr staatlicher Regulierung und weg von konservativen Werthaltungen. Mit diesen Positionsverschiebungen hatte sie einige Zeit Erfolg. Höhepunkt war das Traumergebnis der Union bei der Bundestagswahl 2013 mit 41,5 Prozent. Danach lag sie zwei Jahre lang in den Umfragen auf dieser Höhe. Das änderte sich ab dem September 2015 durch eine politische Sachentscheidung: Merkels Flüchtlingspolitik der offenen Grenze, die das Land zunehmend spaltete und zu einer immer stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung führte. Merkels Ansehen in der Bevölkerung sank deutlich und es kam zu einer massiven Wählerabwanderung: Die Union verlor in den Umfragen etwa ein Fünftel ihres Wählerpotenzials, konnte sich bis zur Bundestagswahl 2017, von einem kurzen Zwischenhoch abgesehen, nicht mehr erholen und verlor bei der Wahl fast 1 Mill. Stimmen an die AfD. Der zentrale Grund für die Abwanderung war, dass die Kanzlerin mit ihrer Flüchtlingspolitik aus der Sicht des konservativen Teils ihrer Wählerschaft den Akzeptanzkorridor im gesellschaftspolitischen Bereich verlassen hatte. Für diese Wähler kam der Grenzübertritt von hunderttausenden Flüchtlingen und Merkels Kommentar, man sei zur Kontrolle des Zustroms nicht in der Lage, einem Offenbarungseid von Politik und einem Staatsversagen gleich. Denn zum konservativen Staatsverständnis gehört, dass der Staat die Sicherheit seines Staatsvolkes nach innen wie nach außen gewährleistet, wozu auch die Kontrolle über seine Grenzen gehört. Zudem ist bis heute die Tatsache, dass sehr viele vollziehbar Ausreisepflichtige, vor allem auch Straftäter, dennoch in Deutschland bleiben, mit ihrem Rechtsstaatsverständnis nicht vereinbar. Daher ging das Grundvertrauen vieler konservativ-bürgerlicher Wähler in die CDU als „Law-and-order“-Partei verloren.

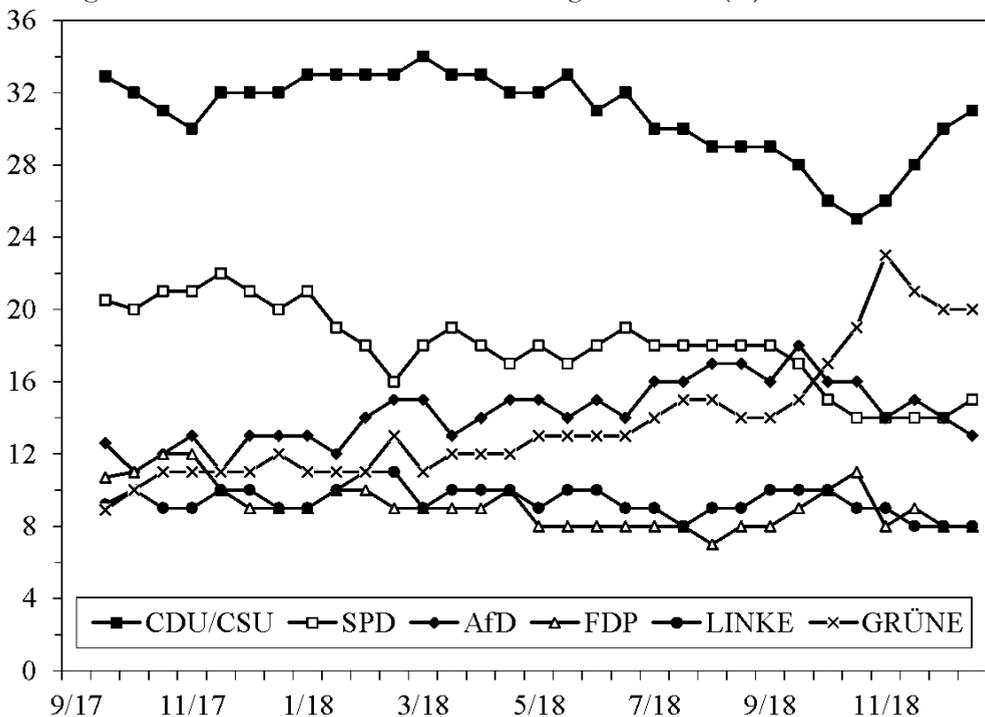
Die CSU, deren konservative Wurzeln stärker sind als die der CDU, wollte die Positionsverschiebung der CDU nicht mitmachen. Hinzu kam das persönliche Zerwürfnis zwischen Angela Merkel und dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Auch wenn es in der CDU an Merkels Flüchtlingspolitik durchaus wachsende Kritik gab, wurde daher Seehofer – neben der AfD – zum schärfsten Kritiker der Kanzlerin. Anfang 2016 eskalierte der Konflikt, beruhigte sich ab der Jahresmitte etwas, wurde aber der Folgezeit immer wieder angeheizt. Dennoch kam es im Februar 2017 unter dem Druck der nahenden Bundestagswahl zur Kür Angela Merkels zur gemeinsamen Kanzlerkandidatin und Seehofer trimmte seine Partei auf einen gemeinsamen Unionswahlkampf, obwohl Merkel bei ihrer strikten Ablehnung der zentralen CSU-Forderung nach einer Obergrenze für den Flüchtlingszugang blieb.

Die SPD, die in der Regierung Merkels Flüchtlingspolitik mittrug, konnte von der Schwäche der Union nicht profitieren, im Gegenteil: Sie rutschte bis Ende 2016 auf 20-21 Prozent ab. Danach führte die personalpolitische Entscheidung des damaligen Vorsitzenden Sigmar Gabriel, die Kanzlerkandidatur dem bisherigen Präsidenten des

Europäischen Parlaments, Martin Schulz, zu überlassen, zu einem deutlichen Ansteigen der Umfragewerte, der die SPD an die Union heranbrachte. Der Hype um Schulz, der im März 2017 mit 100 Prozent auch zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, währte aus den verschiedensten, auch von der SPD selbst zu verantwortenden Gründen jedoch nur zwei Monate, und bei der Wahl landete die SPD wieder bei 20,5 Prozent.

Auch der dramatische weitere Niedergang der Volksparteien nach der Bundestagswahl, der im Herbst 2018 zu den historisch niedrigsten jemals gemessenen Umfragewerten von gerade noch 25 Prozent bei der Union und 14 Prozent bei der SPD führte (vgl. Abbildung 1), war nicht durch langfristige Faktoren, sondern durch kurzfristige Sach- und Personalentscheidungen bedingt.

Abbildung 1: Wahlabtsichten nach der Bundestagswahl 2017 (%)



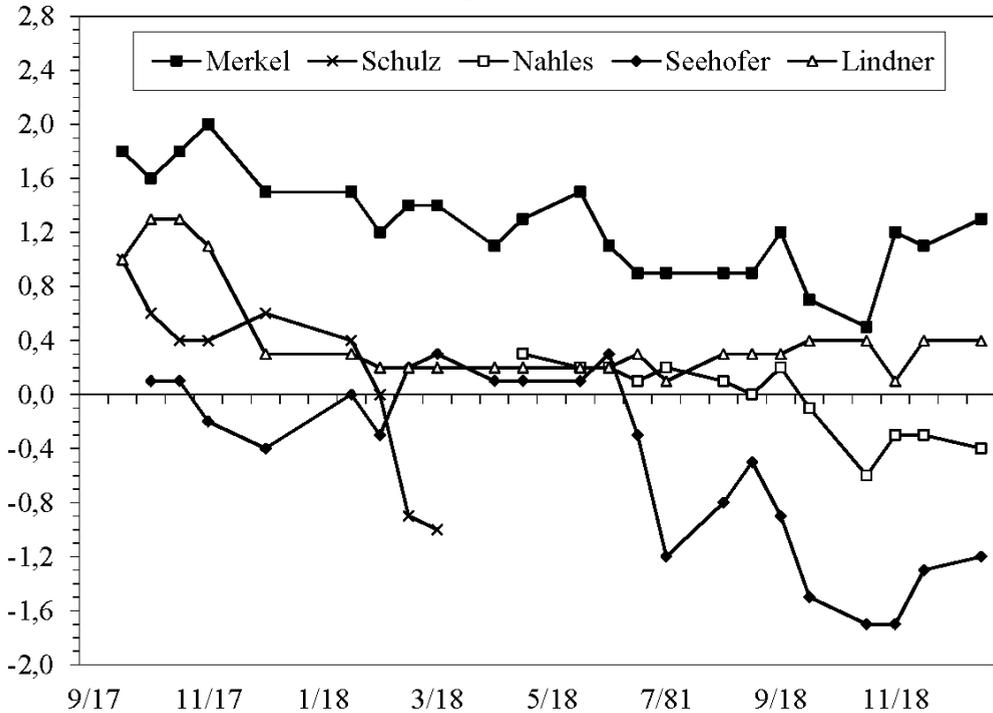
Quelle: Infratest dimap Sonntagsfragen.

Zunächst wurden aus den Wahlniederlagen in den drei Parteien sehr unterschiedliche Lehren gezogen. Angela Merkel äußerte, sie könne nicht erkennen, was man jetzt anders machen sollte, und danach wurde in der CDU mit dem Argument, man müsse jetzt nach vorne schauen und die Regierungsbildung vorantreiben, eine die Probleme offen ansprechende Aufarbeitung der Wahl vermieden. In der CSU deutete man das schlechte Wahlergebnis in Bayern mehrheitlich als Folge des letztendlichen Einknickens von Horst Seehofer in der Flüchtlingsfrage, das die CSU Stimmen gekostet und die AfD stark gemacht habe. Dies erhöhte den Druck auf Seehofer im schon lange bestehenden Machtkampf mit seinem Erzrivalen Marcus Söder und führte dazu, dass

er im Dezember 2017 einwilligte, Söder das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten zu überlassen. Für die SPD schloss Martin Schulz mit Rückendeckung des Vorstands eine erneute Große Koalition kategorisch aus. Das war angesichts der Tatsache, dass die SPD nicht sich selbst, sondern Merkel und der Koalition die Schuld für ihre Niederlage gab, auch verständlich. Allerdings gab es nach dieser Absage nur eine weitere politisch halbwegs realistische Option für die Bildung einer Mehrheitsregierung: eine Jamaikakoalition aus CDU, CSU, der FDP und den Grünen. Neben vielen anderen inhaltlichen Differenzen gab es für eine solche Koalition aber ein zentrales Problem: Der vorher zwischen CDU und CSU mühsam ausgehandelte Kompromiss in der Flüchtlingspolitik mit einer verklausulierten Obergrenze und der Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs markierte für die CSU das Äußerste an Nachgiebigkeit und stand der Position der Grünen diametral entgegen. Es spricht vieles dafür, dass Jamaika letztlich an dieser Frage gescheitert wäre, wenn die FDP die Sondierungsgespräche nicht vorher abgebrochen hätte.

Nach dem Scheitern von Jamaika hätte man in der SPD-Führung erkennen und die Partei darauf vorbereiten müssen, dass man sich dem Druck zur Aufnahme von Gesprächen über eine erneute Große Koalition nicht mehr verschließen konnte, zumal man weder inhaltlich noch personell auf baldige Neuwahlen vorbereitet war und auch keine Einigkeit über die Tolerierung einer Minderheitsregierung bestand. Dennoch blieb Schulz zunächst bei dem kategorischen Nein und vollzog kurz danach eine Wende, die nicht nur von den Jusos und dem linken Flügel heftig bekämpft wurde. Nach dem Abschluss von Sondierungsgesprächen sprach sich im Januar 2018 ein Sonderparteitag der tief gespaltenen Partei nach kontroverser Debatte und unter dem Eindruck einer leidenschaftlichen Rede der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles knapp für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen aus. Man hielt jedoch substantielle Nachbesserungen an dem von Schulz als hervorragend bezeichneten Sondierungsergebnissen für notwendig und beschloss den Einbau einer Sollbruchstelle, nach der ein Parteitag im Herbst 2019 die Entscheidung über den Fortgang der Koalition treffen soll. Nach Abschluss der äußerst zähen Koalitionsverhandlungen, in deren Verlauf die SPD den beschlossenen Mitgliederentscheid über die Ergebnisse als Druckmittel benutzte, verkündete der schwer angeschlagene Parteivorsitzende in Abstimmung mit der Führungsspitze seinen zweiten Wortbruch: Obwohl er mehrfach betont hatte, nie in eine Regierung unter Angela Merkel einzutreten, wollte er jetzt Außenminister werden. Dafür sollte Andrea Nahles den Parteivorsitz übernehmen. Die öffentliche und parteiinterne Welle an Kritik, die auf diese Ankündigung folgte und Schulz zwei Tage später zum Verzicht auf das angestrebte Ministeramt nötigte, antizipierte offenbar niemand. In der Folge stürzte Schulz in der persönlichen Bewertung durch die Bevölkerung dramatisch ab (vgl. Abbildung 2) und seine Partei erreichte mit 16 Prozent in den Umfragen einen ersten Tiefpunkt (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 2: Allgemeine Bewertung: Merkel, Schulz, Seehofer, Nahles und Lindner (Mittelwerte; -5 = halte gar nichts von ..., +5 = halte sehr viel von ...)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer.

Für das Verhältnis der beiden Schwesterparteien CDU und CSU blieb das Flüchtlingsthema, das 2018 den Umfragen gemäß für die Deutschen weiterhin das wichtigste Problem war, weiterhin bestimmend. Zu erneuten Unstimmigkeiten kam es schon im März, als Horst Seehofer – nun Innenminister – erklärte, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und kurz danach die Aussetzung der Grenzenlosigkeit innerhalb des Schengen-Raumes in der EU befürwortete. Nachdem im Mai der Skandal um die Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu einer erneuten öffentlichen Diskussion um die Flüchtlingspolitik geführt hatte, eskalierte im Juni der Streit zwischen Seehofer und Merkel: Merkel lehnte die in Seehofers Masterplan Asyl vorgesehene Zurückweisung von aus sicheren Drittstaaten einreisenden und dort schon registrierten Asylsuchenden strikt ab mit dem Argument, es dürfe keine nationalen Alleingänge geben, obwohl sie im September 2015 die Eskalation der Flüchtlingskrise mit einem nationalen Alleingang herbeigeführt hatte. Die Bevölkerung stand inhaltlich mehrheitlich auf Seehofers Seite, wie die Umfragen zeigten. Dieser überspannte jedoch den Bogen mit Ultimativen, persönlichen Angriffen auf Merkel und einer kurz danach wieder zurückgenommenen Rücktrittsdrohung. Der ausufernde Streit mit einer erst spät und sehr mühsam gefundenen Einigung schadete Seehofers – in geringerem Maße auch Merkels – Ansehen und ließ die Umfragewerte der Union zurückgehen (vgl. die Abbildungen 1 und 2). Ende August wurde in Chemnitz ein Deut-

scher mutmaßlich durch Flüchtlinge getötet und Merkel sprach von einer Hetzjagd auf Ausländer während der folgenden rechtsextremen Demonstrationen, was der Präsident des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, öffentlich bezweifelte. Vor allem auf Druck des linken SPD-Flügels forderte daraufhin Angela Nahles seinen Rücktritt. Die drei Parteivorsitzenden einigten sich schließlich auf Vorschlag Seehofers darauf, Maaßen mit deutlich mehr Gehalt ins Innenministerium zu versetzen, was ein hohes Maß an strategisch-politischem Unvermögen in der Einschätzung von Wählerreaktionen offenbarte und die persönlichen Beurteilungen aller drei Parteivorsitzenden abstürzen ließ (vgl. Abbildung 2). Die wütende Reaktion weiter Teile der Bevölkerung, die sich parallel dazu zeigende geringe Problemlösungskompetenz der Regierung im sogenannten Dieselskandal und die krachende Niederlage von CSU und SPD bei der bayerischen Landtagswahl führten dann im Oktober zum absoluten Tiefpunkt der Wählerunterstützung für Union und SPD (vgl. Abbildung 1).

Nach einer erneuten Niederlage bei der nachfolgenden Landtagswahl in Hessen gab Angela Merkel bekannt, auf dem Parteitag im Dezember nicht mehr für das Amt der CDU-Vorsitzenden zu kandidieren. Allein diese Ankündigung verbesserte ihre Bevölkerungsbeurteilung wesentlich, und der folgende innerparteiliche Wahlkampf zwischen der bisherigen Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, dem Gesundheitsminister Jens Spahn und dem Wiedereinsteiger Friedrich Merz, den Kramp-Karrenbauer mit einem äußerst knappen Vorsprung zu Merz für sich entschied, ließ die Umfragewerte – sozusagen als Vertrauensvorschuss für eine personell und inhaltlich erneuerte CDU – deutlich ansteigen (vgl. die Abbildungen 1 und 2).

Die Nutznießer: Grüne und AfD

Die hohe Relevanz des Themas Flüchtlingspolitik und die starke gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung in diesem Bereich, die Deutschland auch 2018 prägte, nützte den beiden Parteien, die von der Bevölkerung als die klaren politischen Vertreter der beiden Seiten dieses Konflikts angesehen wurden. Daher waren die Grünen und die AfD die einzigen Parteien, die 2018 in den Umfragen zulegen konnten (vgl. Abbildung 1). Während jedoch die Flüchtlingsthematik der einzig bestimmende Grund für den Anstieg der AfD-Werte war, wurde der Höhenflug der Grünen durch das Zusammenwirken einer Reihe von Gründen bewirkt, die sowohl innerparteilicher Art waren als auch durch das Verhalten der Konkurrenzparteien und die allgemeine Themenkonjunktur geschaffen wurden.

Innerparteilich legte die Führungsspitze der Grünen die Grundlagen für eine stärkere Wählerunterstützung der Partei schon im Rahmen der Jamaikasondierungen Ende 2017. Dort gelang es, die Außenwirkung der Partei nicht mehr von den ewigen Kämpfen zwischen dem linken Flügel und den sogenannten Realos bestimmen zu lassen. Stattdessen wurde Geschlossenheit demonstriert und durch Kompromissbereitschaft grundsätzliche Regierungsfähigkeit signalisiert. Die beiden vom Parteitag Ende Januar 2018 gewählten neuen Vorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock, die das neue Machtzentrum der Partei bilden, führen diese Strategie erfolgreich weiter. Sie wol-

len die Partei durch Öffnung für neue Wählermilieus und eine pragmatischere Politikkonzeption zur linksliberalen, für Regierungsbündnisse nach beiden Seiten anschlussfähigen Scharnierpartei im Parteiensystem aufbauen. Dabei ist es für die Partei äußerst hilfreich, dass sie nicht gezwungen wurde, ihre für die Regierungsfähigkeit notwendige Kompromissfähigkeit in konkreten Koalitionsverhandlungen unter Beweis zu stellen. Dies blieb ihnen schon durch den Abbruch der Jamaikasondierungen erspart, in Bayern kam es nicht zum Test, ob eine Koalition mit der CSU möglich gewesen wäre, und in Hessen reichte es schon rein rechnerisch nicht für eine grün-rot-rote Koalition, die der linke Flügel als willkommene Möglichkeit eines Politikwechsels ansah, während der Realflügel Angst davor hatte, die gerade in der Mitte gewonnenen Anhänger durch eine Koalition mit der Linkspartei wieder zu verprellen. Die Partei profitierte zudem von der Tatsache, dass sich ihre Hauptkonkurrentin, die SPD, in den ersten Monaten des Jahres selbst zerlegte und im Herbst noch weiter abstürzte. Das erlaubte es den Grünen, sich geschickt als Alternative für verunsicherte und enttäuschte SPD-Anhänger in Stellung zu bringen. Schließlich spielte auch die gesellschaftliche Themenkonjunktur jenseits der Flüchtlingsfrage den Grünen in die Hände. Eine Partei profitiert immer, wenn ihr Markenkern in der gesellschaftlichen Diskussion einen hohen Stellenwert bekommt. Der grüne Markenkern ist der Umweltbereich, konkretisiert in den letzten Jahren anhand der Themen Klimawandel und Energiewende. Diese Themen bekamen durch den Dieselskandal, die Auseinandersetzungen um den Kohleabbau im Hambacher Forst und insbesondere durch die Tatsache, dass die lange und extreme Hitzewelle im Sommer der Bevölkerung die Folgen des Klimawandels drastisch vor Augen führte, 2018 eine deutlich größere Relevanz als in den Jahren zuvor. Allerdings scheint der auch stark mediengestützte Hype um die Partei jetzt an seine Grenzen zu stoßen, wie die Umfragen am Jahresende zeigen (vgl. Abbildung 1).

Die AfD konnte ihre Wählerunterstützung seit der Bundestagswahl langsam aber kontinuierlich steigern und erreichte ihren Höhepunkt während des CDU-CSU-Streits um die Flüchtlingspolitik, der Geschehnisse in Chemnitz und des Maaßen-Desasters. Danach gingen ihre Werte deutlich zurück. Dies zeigt, dass die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft die Achillesferse der Partei darstellt. Als Partei, die Rechtsextremisten mit völkisch-nationalistischer Gesinnung und rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit in ihren Reihen hat, zieht die AfD natürlich auch rechtsextremistische Überzeugungswähler an. Die Mehrheit sind jedoch Protestwähler, die durch ihre Wahlentscheidung für die AfD den anderen Parteien wegen der Flüchtlingspolitik einen Denkzettel verpassen wollen. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Gruppen: Zum einen die bürgerlich-konservativen Wähler, deren Motivlage schon beschrieben wurde. Zum anderen Wähler aus prekären ökonomischen Verhältnissen, Wähler mit Abstiegsängsten und Wähler – vor allem aus Ostdeutschland –, die sich vom Staat benachteiligt und alleingelassen fühlen. Bei dieser Gruppe, die vor allem von SPD und der Linkspartei abgewandert ist, produzierte der staatliche Umgang mit den Flüchtlingen das Gefühl einer neuen Form von sozialer Ungerechtigkeit. Sie argumentieren, dass der Staat für seine eigene Bevölkerung zu wenig getan habe, weil angeblich das Geld dafür fehlte, und nun plötzlich zweistellige Milliardenbeträge für Leute ausgebe,

die in Deutschland nichts erwirtschaftet hätten und zudem noch aus anderen Kulturkreisen kämen, sodass man sich zunehmend fremd im eigenen Land fühle. Da während des AfD-Abstiegs nur die Unionswerte gestiegen sind und alle drei Kandidaten für die Merkel-Nachfolge in der Flüchtlingspolitik deutlich konservativere Töne anschlugen, ist zu vermuten, dass einige abgewanderte Protestwähler zur CDU momentan zurückgekehrt sein könnten, was durch die bei den Chemnitz-Demonstrationen deutlich gewordene Nähe der AfD zu rechtsextremen Gruppen, die mögliche Beobachtung durch den Verfassungsschutz und die Spendenaffäre noch verstärkt wurde.

Die Zuschauer: FDP und Linkspartei

Die anderen beiden im Parlament vertretenen Parteien, die FDP und die Linke, profitierten vom Rückgang der Wählerunterstützung der Volksparteien nicht. Vor allem bei der FDP war eher das Gegenteil der Fall. Kurz nach der Wahl und während der Sondierungsgespräche für eine sogenannte Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen konnte sie leicht zulegen. Nach deren Abbruch im November 2017 gingen ihre Werte jedoch unter das Wahlergebnis zurück und erholten sich, von einem kurzen Zwischenhoch abgesehen, nicht mehr. Der Abbruch der Jamaikasondierungen war aus FDP-Sicht durchaus folgerichtig: Für die Partei gab es nach ihren Erfahrungen mit früheren schwarz-gelben Regierungen und dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 ein wesentliches Ziel: Sie wollte auf jeden Fall vermeiden, ihr Come-Back dadurch gleich wieder zu gefährden, dass man ihr wieder das Image der Umfallerpartei verpasste, die wegen ein paar Ministerposten in einer Regierung ihre Prinzipien aufgibt. Daher machte sie von Anfang an deutlich, dass sie die Gespräche ergebnisoffen führen und einer Koalition nur zustimmen würde, wenn sie einige ihrer wesentlichen Ziele in für sie annehmbaren Maße durchsetzen könnte. Im Verhandlungsverlauf gewann sie dann den Eindruck, dass diese Interessenlage gerade von Angela Merkel nicht ernst genug genommen wurde. Das Problem war allerdings, dass es Christian Lindner nicht gelang, den Wählerinnen und Wählern die Gründe des Abbruchs überzeugend zu erklären, wie der dramatische Einbruch seiner persönlichen Beurteilung Anfang Dezember 2017 zeigt, von dem er sich das gesamte Jahr über nicht mehr erholte (vgl. Abbildung 2). Zudem führte der Abbruch der Jamaikasondierungen zum Verlust jeglicher Machtopion. Dies war gerade für die FDP, die sich seit jeher nicht nur als inhaltliches Korrektiv sondern auch als Mehrheitsbeschafferin verstand, besonders problematisch. Auch mit ihren Inhalten drang die Partei in den öffentlichen Diskussionen nicht wirklich durch, weil ihre Positionierung kein Alleinstellungsmerkmal erkennen ließ.

Der Linkspartei gelang es ebenso wenig, ihre Wählerunterstützung zu steigern. Das lag daran, dass sie sich das gesamte Jahr über vor allem mit sich selbst beschäftigte. Ihr Bild in der Öffentlichkeit wurde geprägt von einem erbitterten Machtkampf zwischen den Fraktions- und Parteichefs, insbesondere zwischen Sarah Wagenknecht und Katja Kipping, bei dem sich inhaltliche und strategische Streitpunkte mit persönlicher Feindschaft mischten. Der zentrale inhaltliche Streitpunkt war die Flüchtlingsfrage, wo die an internationaler Solidarität und einer Willkommenskultur mit offenen

Grenzen ausgerichtete Mehrheit in der Parteiführung und Fraktion Sarah Wagenknecht und ihren Anhängern gegenüber stand, die für eine Beschränkung der Zuwanderung eintraten und vor Arbeits- und Armutsmigration mit Verteilungskämpfen unter den an den Rand Gedrängten warnten. Dies ging einher mit der strategischen Frage, ob man sich darum bemühen sollte, die zur AfD abgewanderten Wähler vor allem aus der Arbeiterschicht zurückzuholen oder sich eher am jungen, urbanen, akademischen Milieu orientieren sollte. Zur Eskalation des Streits führte zudem, dass Wagenknecht und andere eine linke Sammlungsbewegung namens „Aufstehen“ ins Leben riefen, die viele als Vorstufe einer neuen Partei sehen.

Ausblick: 2019 wird mindestens so spannend wie 2018

Es ist zu vermuten, dass das Jahr 2019 mit der Europawahl und der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai, den drei ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst in Bezug auf die Entwicklung des Parteiensystems ebenso spannend werden wird wie 2018.

Für die FDP muss es 2019 darum gehen, mit ihren inhaltlichen Positionen stärker wahrgenommen zu werden. Wenn Parteichef Lindner davon spricht, 2019 eine Reihe von Fragen gesellschaftspolitischer Liberalität aufzurufen, ist das zwar richtig: Strategisch wäre es aber sinnvoller, der wirtschaftspolitischen Positionierung Priorität zu geben, wieder eindeutig den Platz als marktfreiheitliche Polpartei im Sozialstaatskonflikt einzunehmen und sich dadurch das notwendige Alleinstellungsmerkmal im Parteiensystem zu verschaffen. In der Linkspartei gelang es im Dezember, durch ein mühselig ausgehandeltes Kompromisspapier zur Migrationspolitik die bereits weit gediehenen Pläne, Sarah Wagenknecht bei der Fraktionsklausur im Januar als Vorsitzende abzuwählen, vorerst auf Eis zu legen und damit eine drohende Spaltung der Partei zu verhindern. Eine wirklich tragfähige Lösung des fundamentalen Streits ist damit jedoch noch nicht gefunden und dies stellt auch 2019 eine Hypothek für die Außen Darstellung und die Wahlkämpfe dar.

Auch bei den Grünen ist die Flüchtlingspolitik innerparteilich nicht unumstritten, beherrscht jedoch nicht ihre Außenwahrnehmung. Die Grünen haben gute Chancen, bei der Europawahl im Frühjahr unter den klaren Gewinnern zu sein, weil ihre europainteressierte und -affine Klientel gut zu mobilisieren ist. Im Herbst wird es dann jedoch anders aussehen: Bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen geht es nicht um hohe zweistellige Werte, sondern eher darum, den Verbleib in allen drei Landtagen sicherzustellen.

Die AfD könnte 2019 wieder Auftrieb erhalten. Zur Europawahl wird sie ihren alten Markenkern, die Kritik an der Europäischen Integration, mit dem neuen, der Flüchtlingsfrage, verbinden. Bei den ostdeutschen Landtagswahlen hat sie gute Chancen, mit einer Verknüpfung von Sozial- und Flüchtlingsfragen den zweiten Platz zu erreichen, vielleicht sogar beim Kampf um die stärkste Partei mitzuspielen. Ihr Abschneiden wird aber auch von der Strategie der anderen Parteien abhängen. Die müssen klare eigene Positionen entwickeln, sie den Wählern deutlich machen und sich inhaltlich von den AfD-Positionen abgrenzen, ohne deren Wähler pauschal auszugrenzen.

Das betrifft vor allem die CDU, die bei den anstehenden Wahlen nur gut abschneiden kann, wenn Kramp-Karrenbauer die gespaltene Partei durch Einbindung der enttäuschten Wirtschaftsliberalen und Konservativen zur Geschlossenheit zurückführt, ihr wieder ein eigenständigeres inhaltliches Profil verschafft und einen Teil der zur AfD abgewanderten Protestwähler dauerhaft zurückholt. Selbst eine wiedererstarkte CDU ist jedoch keine Garantie dafür, dass die Große Koalition 2019 überlebt, weil dies wesentlich durch die SPD bestimmt wird. Für die SPD stellt dieses Jahr die letzte Möglichkeit dar, ihren Volksparteienstatus zurückzugewinnen. Die Chancen dafür stehen aber nicht allzu gut. Personell ist die Partei in einer schwierigen Lage: Andrea Nahles ist innerparteilich angeschlagen und ihre Bewertung durch die Wähler liegt im negativen Bereich. Olaf Scholz hat bessere Werte, aber das liegt größtenteils an seiner Rolle als Finanzminister und zudem hat er in der Partei viele Gegner. Inhaltlich befindet sich die Partei in einem Erneuerungsprozess und hat noch keine in sich schlüssigen und den Wählern vermittelbaren Antworten auf die beiden für einen Großteil ihres Wählerpotenzials zentralen Fragen gefunden: Mit welchem Konzept antwortet die Partei auf die ökonomischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Migration und wie stellt sie sich den Sozialstaat im Zeitalter der Digitalisierung vor, der die Weltwirtschaft gravierend verändern wird. Wenn sie sich weiterhin im Minderheiten-Klein-Klein verrennt, statt sich auf die Interessen ihres Kernwählerpotenzials zu konzentrieren, wird sie sich unter den schwierigen Bedingungen der Europawahl, wo die Latte mit 27,3 Prozent bei der Wahl von 2014 sehr hoch hängt, und den ostdeutschen Landtagswahlen, wo sie in Sachsen und Thüringen in den einstelligen Bereich abrutschen könnte, nicht erholen.

Wenn es 2019 erneut zu deutlichen Wahlniederlagen kommen sollte, wird der linke Flügel der SPD alles daransetzen, die Große Koalition spätestens im Rahmen des für den Herbst geplanten Parteitags aufzukündigen. Dann könnte es neue Verhandlungen über eine Jamaikakoalition geben, zu der die FDP nur ohne Angela Merkel bereit ist und die erneut die Frage nach der Vereinbarkeit der Positionen von CSU und Grünen stellen würde. Oder es gibt Neuwahlen mit kurzer Vorbereitungszeit und ungewissem Ausgang, weil eine Minderheitsregierung der Union bis 2021 innen- wie außenpolitisch schwer vorstellbar ist. Die spannendste Frage für 2019 wird daher sein, ob wir am Jahresende noch die alte oder eine neue Regierung haben werden und im zweiten Fall, welche das sein wird.

Anmerkung

- 1 Vgl. den Beitrag des Verfassers „Die Bundestagswahl 2017: Ein schwarzer Tag für die Volksparteien“, in GWP, H. 4/2017, S. 465-470. Die Entwicklungen nach der Wahl wurden vom Verfasser in mehreren kurzen Beiträgen analysiert, deren Argumente in diesen Aufsatz eingegangen sind: „Krise der Volksparteien: CDU und SPD haben sich aus Akzeptanzkorridor entfernt“, in: Focus online vom 18.2.2018; „Die Dürre hilft den Grünen, aber ...“, in: Focus Magazin, H. 35/2018, S. 38; „Rechts von Merkel“, in: Focus Magazin, H. 46/2018, S. 28; „Angeschlagen, aber nicht am Ende“, in: Rotary Magazin, H. 12/2018; „Die Union in Schwierigkeiten“, in: Brockhaus Enzyklopädie, Jahresband 2018, S. 12-15.